

# **AGB (B2B)**

## **Verkaufsbedingungen die**

zwischen

Argoa GmbH, Neulweg 1, 86453 Dasing, Tel.: 0821-9369040, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Augsburg unter HRB31176, vertreten durch GF: Stefan Buza, USt-Identifikations-Nr.: DE 310153746 – im Folgenden „Anbieter“ –

und

den in §1 (1) des Vertrags bezeichneten Kunden – im Folgenden „Kunde“ –

geschlossen werden (nachfolgend „AVB“ genannt).

### **§ 1 Geltungsbereich, Form**

(1) Die vorliegenden Allgemeinen Verkaufsbedingungen (AVB) gelten, wenn der Käufer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

(2) Die AVB gelten insbesondere für Verträge über den Verkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen („Ware“), ohne Rücksicht darauf, ob wir die Ware selbst herstellen oder bei Zulieferern einkaufen (§§ 433, 651 BGB). Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die AVB in der zum Zeitpunkt der Bestellung des Käufers gültigen bzw. jedenfalls in der ihm zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten.

(3) Unsere AVB gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Käufers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn wir in Kenntnis der AGB des Käufers die Lieferung an ihn vorbehaltlos ausführen.

(4) Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Käufer (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen AVB. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist, vorbehaltlich des Gegenbeweises, ein schriftlicher Vertrag bzw. unsere schriftliche Bestätigung maßgebend.

(5) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Käufers in Bezug auf den Vertrag (z.B. Fristsetzung, Mängelanzeige, Rücktritt oder Minderung), sind schriftlich, d.h. in Schrift- oder Textform (z.B. Brief, E-Mail, Telefax) abzugeben. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden bleiben unberührt.

(6) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AVB nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

## **§ 2 Vertragsschluss**

(1) Unsere Angebote sind freibleibend und unverbindlich. Dies gilt auch, wenn wir dem Käufer Kataloge, technische Dokumentationen (z.B. Zeichnungen, Pläne, Berechnungen, Kalkulationen, Verweisungen auf DIN-Normen), sonstige Produktbeschreibungen oder Unterlagen – auch in elektronischer Form – überlassen haben, an denen wir uns Eigentums- und Urheberrechte vorbehalten.

(2) Die Bestellung der Ware durch den Käufer gilt als verbindliches Vertragsangebot. Sofern sich aus der Bestellung nichts anderes ergibt, sind wir berechtigt, dieses Vertragsangebot innerhalb von 5 Tagen nach seinem Zugang bei uns anzunehmen.

(3) Die Annahme kann entweder schriftlich (z.B. durch Auftragsbestätigung) oder durch Auslieferung der Ware an den Käufer erklärt werden.

## **§ 3 Lieferfrist und Lieferverzug**

(1) Die Lieferfrist wird individuell vereinbart bzw. von uns bei Annahme der Bestellung angegeben. Sofern dies nicht der Fall ist, beträgt die Lieferfrist 3 Tage ab Vertragsschluss.

(2) Sofern wir verbindliche Lieferfristen aus Gründen, die wir nicht zu vertreten haben, nicht einhalten können (Nichtverfügbarkeit der Leistung), werden wir den Käufer hierüber unverzüglich informieren und gleichzeitig die voraussichtliche, neue Lieferfrist mitteilen. Ist die Leistung auch innerhalb der neuen Lieferfrist nicht verfügbar, sind wir berechtigt, ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten; eine bereits erbrachte Gegenleistung des Käufers werden wir unverzüglich erstatten. Als Fall der Nichtverfügbarkeit der Leistung in diesem Sinne gilt insbesondere die nicht rechtzeitige Selbstbelieferung durch unseren Zulieferer, wenn wir ein kongruentes Deckungsgeschäft abgeschlossen haben, weder uns noch unseren Zulieferer ein Verschulden trifft oder wir im Einzelfall zur Beschaffung nicht verpflichtet sind.

(3) Der Eintritt unseres Lieferverzugs bestimmt sich nach den gesetzlichen Vorschriften. In jedem Fall ist aber eine Mahnung durch den Käufer erforderlich. Geraten wir in Lieferverzug, so kann der Käufer pauschalierten Ersatz seines Verzugsschadens verlangen. Die Schadenspauschale beträgt für jede vollendete Kalenderwoche des Verzugs 0,5% des Nettopreises (Lieferwert), insgesamt jedoch höchstens 5% des Lieferwerts der verspätet gelieferten Ware. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass dem Käufer gar kein Schaden oder nur ein wesentlich geringerer Schaden als vorstehende Pauschale entstanden ist.

(4) Die Rechte des Käufers gem. § 8 dieser AVB und unsere gesetzlichen Rechte, insbesondere bei einem Ausschluss der Leistungspflicht (z.B. aufgrund Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der Leistung und/oder Nacherfüllung), bleiben unberührt.

## **§ 4 Lieferung, Gefahrübergang, Abnahme, Annahmeverzug**

(1) Die Lieferung erfolgt ab Lager, wo auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung ist. Auf Verlangen und Kosten des Käufers wird die Ware an einen anderen Bestimmungsort versandt (Versendungskauf). Soweit nicht etwas anderes vereinbart ist, sind wir berechtigt, die Art der Versendung (insbesondere Transportunternehmen, Versandweg, Verpackung) selbst zu bestimmen.

(2) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Ware geht spätestens mit der Übergabe auf den Käufer über. Beim Versendungskauf geht jedoch die Gefahr

des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Ware sowie die Verzögerungsgefahr bereits mit Auslieferung der Ware an den Spediteur, den Frachtführer oder der sonst zur Ausführung der Versendung bestimmten Person oder Anstalt über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten für eine vereinbarte Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend. Der Übergabe bzw. Abnahme steht es gleich, wenn der Käufer im Verzug der Annahme ist.

(3) Kommt der Käufer in Annahmeverzug, unterlässt er eine Mitwirkungshandlung oder verzögert sich unsere Lieferung aus anderen, vom Käufer zu vertretenden Gründen, so sind wir berechtigt, Ersatz des hieraus entstehenden Schadens einschließlich Mehraufwendungen (z.B. Lagerkosten) zu verlangen. Hierfür berechnen wir eine pauschale Entschädigung i.H.v. 50,00 EUR pro Kalendertag, beginnend mit der Lieferfrist bzw. – mangels einer Lieferfrist – mit der Mitteilung der Versandbereitschaft der Ware.

Der Nachweis eines höheren Schadens und unsere gesetzlichen Ansprüche (insbesondere Ersatz von Mehraufwendungen, angemessene Entschädigung, Kündigung) bleiben unberührt; die Pauschale ist aber auf weitergehende Geldansprüche anzurechnen. Dem Käufer bleibt der Nachweis gestattet, dass uns überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden als vorstehende Pauschale entstanden ist.

(4) Der Verkäufer gibt einmal jährlich zum Vertragsbeginn und sodann zum 01.01. eines jeden Kalenderjahres einen Forecast an uns ab. Der Verkäufer hält 10 % des jährlichen Forecasts kostenlos im Lager als Reserve, um bei Abwicklungsschwierigkeiten (z.B. Zoll-/Einfuhrproblemen/-verzögerungen) unverzüglich Ersatzlieferungen vornehmen zu können. Dies gilt unabhängig von den vereinbarten Restlieferungen des Kalenderjahres.

## **§ 5 Preise und Zahlungsbedingungen**

(1) Sofern im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist, gelten unsere jeweils zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses aktuellen Preise, und zwar ab Lager, zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer.

(2) Beim Versendungskauf (§ 4 Abs. 1) trägt der Käufer die Transportkosten ab Lager und die Kosten einer ggf. vom Käufer gewünschten Transportversicherung. Sofern wir nicht die im Einzelfall tatsächlich entstandenen Transportkosten in Rechnung stellen, gilt eine Transportkostenpauschale (ausschließlich Transportversicherung) i.H.v. 10,00 EUR als vereinbart. Etwaige Zölle, Gebühren, Steuern und sonstige öffentliche Abgaben trägt der Käufer.

(3) Der Kaufpreis ist fällig und zu zahlen innerhalb von 20 Tagen ab Rechnungsstellung und Lieferung bzw. Abnahme der Ware. Wir sind jedoch, auch im Rahmen einer laufenden Geschäftsbeziehung, jederzeit berechtigt, eine Lieferung ganz oder teilweise nur gegen Vorkasse durchzuführen. Einen entsprechenden Vorbehalt erklären wir spätestens mit der Auftragsbestätigung.

(4) Mit Ablauf vorstehender Zahlungsfrist kommt der Käufer in Verzug. Der Kaufpreis ist während des Verzugs zum jeweils geltenden gesetzlichen Verzugszinssatz zu verzinsen. Wir behalten uns die Geltendmachung eines weitergehenden Verzugschadens vor. Gegenüber Kaufleuten bleibt unser Anspruch auf den kaufmännischen Fälligkeitszins (§ 353 HGB) unberührt.

(5) Dem Käufer stehen Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrechte nur insoweit zu, als sein Anspruch rechtskräftig festgestellt oder unbestritten ist. Bei Mängeln der Lieferung bleiben die Gegenrechte des Käufers insbesondere gem. § 7 Abs. 6 Satz 2 dieser AVB unberührt.

(6) Wird nach Abschluss des Vertrags erkennbar (z.B. durch Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens), dass unser Anspruch auf den Kaufpreis durch mangelnde Leistungsfähigkeit des Käufers gefährdet wird, so sind wir nach den gesetzlichen Vorschriften zur Leistungsverweigerung und – gegebenenfalls nach Fristsetzung – zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt (§ 321 BGB). Bei Verträgen über die Herstellung unvertretbarer Sachen (Einzelfertigungen) können wir den Rücktritt sofort erklären; die gesetzlichen Regelungen über die Entbehrlichkeit der Fristsetzung bleiben unberührt.

## **§ 6 Eigentumsvorbehalt**

(1) Bis zur vollständigen Bezahlung aller unserer gegenwärtigen und künftigen Forderungen aus dem Kaufvertrag und einer laufenden Geschäftsbeziehung (gesicherte Forderungen) behalten wir uns das Eigentum an den verkauften Waren vor.

(2) Die unter Eigentumsvorbehalt stehenden Waren dürfen vor vollständiger Bezahlung der gesicherten Forderungen weder an Dritte verpfändet, noch zur Sicherheit übereignet werden. Der Käufer hat uns unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, wenn ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt oder soweit Zugriffe Dritter (z.B. Pfändungen) auf die uns gehörenden Waren erfolgen.

(3) Bei vertragswidrigem Verhalten des Käufers, insbesondere bei Nichtzahlung des fälligen Kaufpreises, sind wir berechtigt, nach den gesetzlichen Vorschriften vom Vertrag zurückzutreten oder/und die Ware auf Grund des Eigentumsvorbehalts heraus zu verlangen. Das Herausgabeverlangen beinhaltet nicht zugleich die Erklärung des Rücktritts; wir sind vielmehr berechtigt, lediglich die Ware heraus zu verlangen und uns den Rücktritt vorzubehalten. Zahlt der Käufer den fälligen Kaufpreis nicht, dürfen wir diese Rechte nur geltend machen, wenn wir dem Käufer zuvor erfolglos eine angemessene Frist zur Zahlung gesetzt haben oder eine derartige Fristsetzung nach den gesetzlichen Vorschriften entbehrlich ist.

(4) Der Käufer ist bis auf Widerruf gemäß unten (c) befugt, die unter Eigentumsvorbehalt stehenden Waren im ordnungsgemäßen Geschäftsgang weiter zu veräußern und/oder zu verarbeiten. In diesem Fall gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen.

(a) Der Eigentumsvorbehalt erstreckt sich auf die durch Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung unserer Waren entstehenden Erzeugnisse zu deren vollem Wert, wobei wir als Hersteller gelten. Bleibt bei einer Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung mit Waren Dritter deren Eigentumsrecht bestehen, so erwerben wir Miteigentum im Verhältnis der Rechnungswerte der verarbeiteten, vermischten oder verbundenen Waren. Im Übrigen gilt für das entstehende Erzeugnis das Gleiche wie für die unter Eigentumsvorbehalt gelieferte Ware.

(b) Die aus dem Weiterverkauf der Ware oder des Erzeugnisses entstehenden Forderungen gegen Dritte tritt der Käufer schon jetzt insgesamt bzw. in Höhe unseres etwaigen Miteigentumsanteils gemäß vorstehendem Absatz zur Sicherheit an uns ab. Wir nehmen die Abtretung an. Die in Abs. 2 genannten Pflichten des Käufers gelten auch in Ansehung der abgetretenen Forderungen.

(c) Zur Einziehung der Forderung bleibt der Käufer neben uns ermächtigt. Wir verpflichten uns, die Forderung nicht einzuziehen, solange der Käufer seinen Zahlungsverpflichtungen uns gegenüber nachkommt, kein Mangel seiner Leistungsfähigkeit vorliegt und wir den Eigentumsvorbehalt nicht durch Ausübung eines Rechts gem. Abs. 3 geltend machen. Ist dies aber der Fall, so können wir verlangen, dass der Käufer uns die abgetretenen Forderungen und deren Schuldner bekannt gibt, alle zum Einzug erforderlichen Angaben macht, die dazugehörigen Unterlagen aushändigt und den Schuldner (Dritten) die Abtretung mitteilt. Außerdem sind wir in diesem Fall berechtigt, die Befugnis

des Käufers zur weiteren Veräußerung und Verarbeitung der unter Eigentumsvorbehalt stehenden Waren zu widerrufen.

(d) Übersteigt der realisierbare Wert der Sicherheiten unsere Forderungen um mehr als 10%, werden wir auf Verlangen des Käufers Sicherheiten nach unserer Wahl freigeben.

## **§ 7 Mängelansprüche des Käufers**

(1) Für die Rechte des Käufers bei Sach- und Rechtsmängeln (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage oder mangelhafter Montageanleitung) gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist. In allen Fällen unberührt bleiben die gesetzlichen Sondervorschriften bei Endlieferung der unverarbeiteten Ware an einen Verbraucher, auch wenn dieser sie weiterverarbeitet hat (Lieferantenregress gem. §§ 478 BGB). Ansprüche aus Lieferantenregress sind ausgeschlossen, wenn die mangelhafte Ware durch den Käufer oder einen anderen Unternehmer, z.B. durch Einbau in ein anderes Produkt, weiterverarbeitet wurde.

(2) Grundlage unserer Mängelhaftung ist vor allem die über die Beschaffenheit der Ware getroffene Vereinbarung. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit der Ware gelten alle Produktbeschreibungen, die Gegenstand des einzelnen Vertrages sind oder von uns (insbesondere in Katalogen oder auf unserer Internet-Homepage) öffentlich bekannt gemacht wurden.

(3) Soweit die Beschaffenheit nicht vereinbart wurde, ist nach der gesetzlichen Regelung zu beurteilen, ob ein Mangel vorliegt oder nicht. Für öffentliche Äußerungen des Herstellers oder sonstiger Dritter (z.B. Werbeaussagen) übernehmen wir jedoch keine Haftung.

(4) Die Mängelansprüche des Käufers setzen voraus, dass er seinen gesetzlichen Untersuchungs- und Rügepflichten (§§ 377, 381 HGB) nachgekommen ist. Zeigt sich bei der Lieferung, der Untersuchung oder zu irgendeinem späteren Zeitpunkt ein Mangel, so ist uns hiervon unverzüglich schriftlich Anzeige zu machen. In jedem Fall sind offensichtliche Mängel innerhalb von 7 Tagen. Arbeitstagen ab Lieferung und bei der Untersuchung nicht erkennbare Mängel innerhalb der gleichen Frist ab Entdeckung schriftlich anzuzeigen. Versäumt der Käufer die ordnungsgemäße Untersuchung und/oder Mängelanzeige, ist unsere Haftung für den nicht bzw. nicht rechtzeitig oder nicht ordnungsgemäß angezeigten Mangel nach den gesetzlichen Vorschriften ausgeschlossen.

(5) Ist die gelieferte Sache mangelhaft, können wir zunächst wählen, ob wir Nacherfüllung durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) leisten. Unser Recht, die Nacherfüllung unter den gesetzlichen Voraussetzungen zu verweigern, bleibt unberührt.

(6) Wir sind berechtigt, die geschuldete Nacherfüllung davon abhängig zu machen, dass der Käufer den fälligen Kaufpreis bezahlt. Der Käufer ist jedoch berechtigt, einen im Verhältnis zum Mangel angemessenen Teil des Kaufpreises zurückzubehalten.

(7) Der Käufer hat uns die zur geschuldeten Nacherfüllung erforderliche Zeit und Gelegenheit zu geben, insbesondere die beanstandete Ware zu Prüfungszwecken zu übergeben. Im Falle der Ersatzlieferung hat uns der Käufer die mangelhafte Sache nach den gesetzlichen Vorschriften zurückzugeben. Die Nacherfüllung beinhaltet weder den Ausbau der mangelhaften Sache noch den erneuten Einbau, wenn wir ursprünglich nicht zum Einbau verpflichtet waren.

(8) Die zum Zweck der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten sowie ggf. Ausbau- und Einbaukosten tragen bzw.

erstatten wir nach Maßgabe der gesetzlichen Regelung, wenn tatsächlich ein Mangel vorliegt. Andernfalls können wir vom Käufer die aus dem unberechtigten Mangelbeseitigungsverlangen entstandenen Kosten (insbesondere Prüf- und Transportkosten) ersetzt verlangen, es sei denn, die fehlende Mangelhaftigkeit war für den Käufer nicht erkennbar.

(9) In dringenden Fällen, z.B. bei Gefährdung der Betriebssicherheit oder zur Abwehr unverhältnismäßiger Schäden, hat der Käufer das Recht, den Mangel selbst zu beseitigen und von uns Ersatz der hierzu objektiv erforderlichen Aufwendungen zu verlangen. Von einer derartigen Selbstvornahme sind wir unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, zu benachrichtigen. Das Selbstvornahmerecht besteht nicht, wenn wir berechtigt wären, eine entsprechende Nacherfüllung nach den gesetzlichen Vorschriften zu verweigern.

(10) Wenn die Nacherfüllung fehlgeschlagen ist oder eine für die Nacherfüllung vom Käufer zu setzende angemessene Frist erfolglos abgelaufen oder nach den gesetzlichen Vorschriften entbehrlich ist, kann der Käufer vom Kaufvertrag zurücktreten oder den Kaufpreis mindern. Bei einem unerheblichen Mangel besteht jedoch kein Rücktrittsrecht.

(11) Ansprüche des Käufers auf Schadensersatz bzw. Ersatz vergeblicher Aufwendungen bestehen auch bei Mängeln nur nach Maßgabe von § 8 und sind im Übrigen ausgeschlossen.

## **§ 8 Sonstige Haftung**

(1) Soweit sich aus diesen AVB einschließlich der nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes ergibt, haften wir bei einer Verletzung von vertraglichen und außervertraglichen Pflichten nach den gesetzlichen Vorschriften.

(2) Auf Schadensersatz haften wir – gleich aus welchem Rechtsgrund – im Rahmen der Verschuldenshaftung bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Bei einfacher Fahrlässigkeit haften wir vorbehaltlich eines mildereren Haftungsmaßstabs nach gesetzlichen Vorschriften (z.B. für Sorgfalt in eigenen Angelegenheiten) nur

a) für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit,

b) für Schäden aus der nicht unerheblichen Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht (Verpflichtung, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertraut und vertrauen darf); in diesem Fall ist unsere Haftung jedoch auf den Ersatz des vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schadens begrenzt.

(3) Die sich aus Abs. 2 ergebenden Haftungsbeschränkungen gelten auch bei Pflichtverletzungen durch bzw. zugunsten von Personen, deren Verschulden wir nach gesetzlichen Vorschriften zu vertreten haben. Sie gelten nicht, soweit wir einen Mangel arglistig verschwiegen oder eine Garantie für die Beschaffenheit der Ware übernommen haben und für Ansprüche des Käufers nach dem Produkthaftungsgesetz.

(4) Wegen einer Pflichtverletzung, die nicht in einem Mangel besteht, kann der Käufer nur zurücktreten oder kündigen, wenn wir die Pflichtverletzung zu vertreten haben. Ein freies Kündigungsrecht des Käufers wird ausgeschlossen. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Voraussetzungen und Rechtsfolgen.

## **§ 9 Verjährung**

(1) Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Ansprüche aus Sach- und Rechtsmängeln ein Jahr ab Ablieferung. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme.

(2) Handelt es sich bei der Ware jedoch um ein Bauwerk oder eine Sache, die entsprechend ihrer üblichen Verwendungsweise für ein Bauwerk verwendet worden ist und dessen Mangelhaftigkeit verursacht hat (Baustoff), beträgt die Verjährungsfrist gemäß der gesetzlichen Regelung 5 Jahre ab Ablieferung (§ 438 Abs. 1 Nr. 2 BGB). Unberührt bleiben auch weitere gesetzliche Sonderregelungen zur Verjährung (insbes. § 438 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3, §§ 444, 445b BGB).

(3) Die vorstehenden Verjährungsfristen des Kaufrechts gelten auch für vertragliche und außervertragliche Schadensersatzansprüche des Käufers, die auf einem Mangel der Ware beruhen, es sei denn die Anwendung der regelmäßigen gesetzlichen Verjährung (§§ 195, 199 BGB) würde im Einzelfall zu einer kürzeren Verjährung führen. Schadensersatzansprüche des Käufers gem. § 8 Abs. 2 Satz 1 und Satz 2(a) sowie nach dem Produkthaftungsgesetz verjähren jedoch ausschließlich nach den gesetzlichen Verjährungsfristen.

## **§ 10 Salvatorische Klausel**

(1) Die Unwirksamkeit einer oder mehrerer Bestimmungen dieses Vertrages lässt die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt.

(2) Die Parteien sind verpflichtet, in gemeinsamer Abstimmung die unwirksame Bestimmung durch eine Bestimmung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck dieses Vertrages am nächsten kommt. Entsprechendes gilt auch für eventuell auftretende Lücken des Vertrages.

## **§ 11 Datenschutz**

(1) Dieser Vertrag schützt die vertraulichen Informationen, die sich aus der Zugriffsmöglichkeit des Kunden auf vertrauliche Informationen von uns ergeben. Die Verwendung der vertraulichen Informationen ist nur im Rahmen und zum Zwecke der zwischen den Parteien vertraglich vereinbarten Leistungen zulässig.

(2) Der Kunde verpflichtet sich, die von uns erhaltenen vertraulichen Informationen vertraulich zu behandeln. Dies bedeutet insbesondere, dass der Kunde diese Informationen an Dritte weder selbst noch durch Mitarbeiter bekanntzugeben oder sonst für andere als die vertraglich zwischen den Parteien vereinbarten Zwecke zu nutzen hat.

(3) Eine anderweitige Nutzung oder Weitergabe der Informationen ist nur zulässig, wenn und soweit wir zuvor schriftlich eingewilligt haben.

(4) Der Kunde verpflichtet sich, die von uns erhaltenen vertraulichen Informationen mindestens mit der Sorgfalt zu behandeln, die er in eigenen Angelegenheiten anwendet.

(5) Der Kunde verpflichtet sich, bei Verarbeitung der vertraulichen Informationen die gesetzlichen und vertraglichen Vorschriften zum Datenschutz einzuhalten. Dies beinhaltet auch dem aktuellen Stand der Technik angepasste technische Sicherheitsmaßnahmen (Art. 32 DSGVO) und die Verpflichtung der Mitarbeiter auf das Datengeheimnis (Art. 28 Abs. 3 lit. b DSGVO).

(6) Der Kunde nutzt die erhaltenen vertraulichen Informationen ausschließlich zur Erfüllung des Vertrages. Die Rechte an den Informationen, die der Kunde von uns erhalten hat, verbleiben bei uns, soweit nichts anderes vertraglich geregelt wird.

(7) Diese Verpflichtung zum Schutze vertraulicher Informationen beinhaltet nicht solche Informationen, die öffentlich bekannt sind. Die Pflicht zur Vertraulichkeit besteht nicht gegenüber Gerichten und Behörden, soweit eine (auch strafrechtliche) Rechtspflicht zur Weitergabe/Herausgabe besteht oder die jeweilige Information in einem zivilrechtlichen Prozess zwischen den Parteien oder einer der Parteien und einem Dritten relevant ist. Über eine Herausgabe von vertraulichen Informationen sind wir unverzüglich zu benachrichtigen.

(8) Die überlassenen Informationen oder Teile hiervon können nur an externe Berater, die zur Vertraulichkeit verpflichtet sind oder solche Vertreter weitergegeben werden, die zur betreffenden Auftragsdurchführung benötigt werden und von der Vertraulichkeit der gegebenen Informationen unterrichtet und gleichlautend verpflichtet wurden. Die Parteien erklären ausdrücklich, für jegliche schuldhaftige Verletzung durch ihre Vertreter einzustehen.

(9) Der Kunde darf Subunternehmer lediglich nach schriftlicher Genehmigung durch uns im Rahmen der Erfüllung der beauftragten Tätigkeiten einsetzen. Die sich aus dieser Vereinbarung ergebenden Verpflichtungen sind auch diesen aufzuerlegen.

(10) Innerhalb von 14 Tagen nach schriftlicher Aufforderung von uns wird der Kunde alle vorliegenden vertraulichen Informationen und aufgrund dieser Informationen gefertigten weiteren Unterlagen an uns zurücksenden bzw. ihm die Vernichtung der Informationen und Unterlagen nachvollziehbar nachweisen. Dies gilt nicht, soweit eine Verpflichtung zur Aufbewahrung aus Gesetz oder aufgrund behördlicher bzw. gerichtlicher Anordnung besteht.

(11) Wir sind berechtigt, die Einhaltung dieser Vereinbarung im erforderlichen Umfang zu kontrollieren oder kontrollieren zu lassen. Der Kunde gewährt dazu nach Absprache ungehinderten Zutritt und Zugang zu informationsverarbeitenden Systemen, Dateien und Informationen, die mit der Durchführung der Tätigkeiten in Verbindung stehen. Uns sind durch den Kunden alle Auskünfte zu erteilen, die zur Erfüllung der Kontrollfunktion benötigt werden. Der Kunde hat uns auf Aufforderung mitzuteilen, welche vertraulichen Informationen zurückgesendet oder vernichtet und welche aufbewahrt wurden. Die Mitteilung, dass bestimmte Unterlagen oder Informationen aufbewahrt wurden, ist zu begründen. Darüber hinaus hat der Kunde uns auf Anfrage unsererseits seinen Datenschutzbeauftragten zu benennen.

(12) Sollte eine Partei Kenntnis davon erlangen, dass vertrauliche Informationen entgegen dieser Vertraulichkeitsvereinbarung weitergegeben wurden, hat die Partei die jeweils andere Partei umgehend zu informieren.

(13) Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen des DSGVO und des BDSG.

## **§ 12 Rechtswahl und Gerichtsstand**

(1) Für diese AVB und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Käufer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.

(2) Ist der Käufer Kaufmann i.S.d. Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis unmittelbar oder mittelbar ergebenden

Streitigkeiten unser Geschäftssitz in 86551 Aichach, Bayern, Deutschland. Entsprechendes gilt, wenn der Käufer Unternehmer i.S.v. § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß diesen AVB bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Käufers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

(AGB B2B Webshop Stand April 2024)

# TERMS AND CONDITIONS (B2B)

## Conditions of sale the

Between

Argoa GmbH, Neulweg 1, 86453 Dasing, Tel.: 0821-9369040, registered in the commercial register of the local court Augsburg under HRB31176, represented by GF: Stefan Buza, VAT identification number: DE 310153746 - hereinafter referred to as "provider" -

and

the customer referred to in §1 (1) of the contract - hereinafter referred to as "customer" -

be closed (hereinafter referred to as "AVB").

### § 1 Scope, Form

(1) These General Terms and Conditions of Sale (GTC) apply if the buyer is an entrepreneur (§ 14 BGB), a legal entity under public law or a special fund under public law.

(2) The GTC apply in particular to contracts for the sale and/or delivery of movable property ("goods"), regardless of whether we manufacture the goods ourselves or buy from suppliers (§§ 433, 651 BGB). Unless otherwise agreed, the GTC in the version valid at the time of the buyer's order or in the version last communicated to him in text form shall also apply as a framework agreement for similar future contracts, without us having to refer to them again in each individual case.

(3) Our GTC apply exclusively. Deviating, conflicting or supplementary general terms and conditions of the buyer only become part of the contract if and to the extent that we have expressly agreed to their validity. This consent requirement applies in any case, for example, even if we carry out the delivery to him without reservation in knowledge of the buyer's terms and conditions.

(4) Individual agreements made in individual cases with the buyer (including ancillary agreements, additions and changes) shall in any case take precedence over these GTC. The content of such agreements, subject to proof to the contrary, a written contract or our written confirmation shall be decisive.

(5) Legally relevant declarations and notices of the buyer in relation to the contract (e.g. setting a deadline, notification of defects, withdrawal or reduction) must be made in writing, i.e. in writing or text form (e.g. letter, e-mail, fax). Legal formal requirements and further evidence, in particular in case of doubts about the legitimacy of the declarant, remain unaffected.

(6) References to the validity of statutory provisions shall only have a clarifying effect. Even without such clarification, the statutory provisions therefore apply, insofar as they are not directly amended or expressly excluded in these GTC.

### § 2 Conclusion of contract

(1) Our offers are subject to change and non-binding. This also applies if we have provided the buyer with catalogues, technical documentation (e.g. drawings, plans, calculations, references to DIN standards), other product descriptions or documents - also in electronic form - to which we reserve ownership and copyrights.

(2) The ordering of the goods by the buyer is considered a binding contract offer. Unless otherwise stated in the order, we are entitled to accept this contract offer within 5 days of its receipt by us.

(3) Acceptance may be declared either in writing (e.g. by order confirmation) or by delivery of the goods to the buyer.

### **§ 3 Delivery time and delay in delivery**

(1) The delivery period is individually agreed or specified by us upon acceptance of the order. If this is not the case, the delivery time is 3 days from the conclusion of the contract.

(2) If we cannot meet binding delivery deadlines for reasons for which we are not responsible (unavailability of the service), we will inform the buyer immediately and at the same time inform him of the expected new delivery period. If the service is not available even within the new delivery period, we are entitled to withdraw from the contract in whole or in part; we will immediately reimburse any consideration already provided by the buyer. A case of unavailability of the service in this sense, the late self-delivery by our supplier applies in particular if we have concluded a congruent hedge transaction, neither we nor our supplier is at fault or we are not obliged to procure in individual cases.

(3) The occurrence of our delay in delivery is determined in accordance with the statutory provisions. In any case, however, a reminder by the buyer is required. If we are in default of delivery, the buyer can demand a flat-rate compensation for his default damage. The damage lump sum amounts to 0.5% of the net price (delivery value) for each completed calendar week of default, but in total a maximum of 5% of the delivery value of the late delivered goods. We reserve the right to prove that the buyer has suffered no damage at all or only significantly less damage than the above lump sum.

(4) The rights of the buyer in accordance with § 8 of these GTC and our statutory rights, in particular in the event of an exclusion of the obligation to perform (e.g. due to impossibility or unreasonableness of the service and/or subsequent performance), remain unaffected.

### **§ 4 Delivery, transfer of risk, acceptance, delay in acceptance**

(1) The delivery takes place from the warehouse, where the place of performance for the delivery and any subsequent performance is. At the request and expense of the buyer, the goods will be sent to another destination (mail-in purchase). Unless otherwise agreed, we are entitled to determine the type of shipment (in particular transport company, shipping route, packaging) ourselves.

(2) The risk of accidental loss and accidental deterioration of the goods shall be transferred to the buyer at the latest upon handover. However, in the case of a purchase by mail order, the risk of accidental loss and accidental deterioration of the goods as well as the risk of delay shall already pass to the freight forwarder, the carrier or the person or institution otherwise designated for the execution of the shipment. Insofar as an acceptance has been agreed, this is decisive for the transfer of risk. Otherwise, the statutory provisions of the work contract law shall also apply accordingly to an agreed acceptance. The handover or Acceptance is the same if the buyer is in default of acceptance.

(3) If the buyer is in default of acceptance, if he fails to cooperate or our delivery is delayed for other reasons for which the buyer is responsible, we are entitled to demand compensation for the resulting damage including additional expenses (e.g. storage costs). For this we charge a flat-rate compensation in the amount of EUR 50.00 per calendar day, starting with the delivery time or - in the absence of a delivery period - with the notification of the readiness of the goods for shipment.

The proof of higher damage and our statutory claims (in particular reimbursement of additional expenses, appropriate compensation, termination) remain unaffected; however, the lump sum is to be credited to further monetary claims. The buyer is allowed to prove that we have incurred no damage at all or only a significantly lower damage than the above lump sum.

(4) The seller submits a forecast to us once a year at the beginning of the contract and then on 01.01. of each calendar year. The seller keeps 10% of the annual forecast free of charge in the warehouse as a reserve in order to be able to make replacement deliveries immediately in the event of processing difficulties (e.g. customs/import problems/delays). This applies regardless of the agreed remaining deliveries of the calendar year.

## **§ 5 Prices and payment terms**

(1) Unless otherwise agreed in individual cases, our current prices at the time of conclusion of the contract apply, namely from stock, plus statutory value added tax.

(2) In the case of a mail order purchase (§ 4 para. 1), the buyer shall bear the transport costs from stock and the costs of any transport insurance desired by the buyer. Unless we invoice the transport costs actually incurred in the individual case, a flat-rate transport cost (exclusively transport insurance) in the amount of 10,00 EUR as agreed. Any customs duties, fees, taxes and other public duties shall be borne by the buyer.

(3) The purchase price is due and payable within 20 days of invoicing and delivery resp. Acceptance of the goods. However, we are entitled at any time, even within the framework of an ongoing business relationship, to carry out a delivery in whole or in part only against advance payment. We declare a corresponding reservation at the latest with the order confirmation.

(4) With the expiry of the above payment period, the buyer is in default. The purchase price is to be paid during the default at the applicable statutory default interest rate. We reserve the right to assert further damages for default. Our claim to commercial maturity interest (§ 353 HGB) against merchants remains unaffected.

(5) The buyer is entitled to set-off or retention rights only to the extent that his claim is legally established or undisputed. In the event of defects in the delivery, the buyer's counterparty rights remain in particular in accordance with Art. § 7 para. 6 sentence 2 of these GTC.

(6) If it becomes apparent after the conclusion of the contract (e.g. by application for the opening of insolvency proceedings) that our claim to the purchase price is jeopardized by the lack of performance of the buyer, we are entitled according to the statutory provisions to refuse performance and - if necessary after setting a deadline - to withdraw from the contract (§ 321 BGB). In the case of contracts for the production of undefensible goods (individual production), we can declare the withdrawal immediately; the legal regulations on the rescission of the setting of the deadline remain unaffected.

## **§ 6 Retention of title**

(1) Until full payment of all our present and future receivables from the purchase contract and a current business relationship (secured claims), we reserve ownership of the goods sold.

(2) The goods subject to retention of title may not be pledged to third parties or transferred for security before full payment of the secured claims. The buyer must notify us immediately in writing if an

application for the opening of insolvency proceedings is made or if third parties (e.g. attachments) take place on the goods belonging to us.

(3) In the event of the buyer's contract, in particular in the event of non-payment of the purchase price due, we are entitled to withdraw from the contract in accordance with the statutory provisions and/or to demand the goods on the basis of retention of title. The surrender request does not include at the same time the declaration of withdrawal; rather, we are entitled to demand only the goods and reserve the right to withdraw. If the buyer does not pay the purchase price due, we may only assert these rights if we have previously unsuccessfully set the buyer a reasonable period of payment or if such a deadline is exensible in accordance with the statutory provisions.

(4) Until further notice, the buyer is authorized to sell and/or process the goods subject to retention of title in the proper course of business until further notice in accordance with the following (c). In this case, the following provisions shall apply in addition.

(a) The retention of title extends to the products produced by processing, mixing or combining our goods at their full value, whereby we are considered the manufacturer. If the ownership of third-party rights remain in the case of processing, mixing or combination with goods of third parties, we acquire co-ownership in relation to the invoice values of the processed, mixed or connected goods. Otherwise, the same applies to the resulting product as to the goods delivered under retention of title.

(b) The buyer already assigns the claims against third parties arising from the resale of the goods or the product to us in total or in the amount of our possible share of co-ownership in accordance with the preceding paragraph for security. We accept the assignment. The obligations of the buyer referred to in paragraph 2 also apply in resealed claims.

(c) The buyer remains authorized to collect the claim next to us. We undertake not to collect the claim as long as the buyer fulfills his payment obligations towards us, there is no defect in his performance and we do not exercise the retention of title by exercising a right in accordance with Art. Paragraph 3 to assert. However, if this is the case, we can demand that the buyer inform us of the assigned receivables and their debtors, provide all the information necessary for collection, hand over the associated documents and inform the debtors (third parties) of the assignment. In addition, in this case we are entitled to revoke the buyer's authority to further sell and process the goods subject to retention of title.

(d) If the realizable value of the collateral exceeds our claims by more than 10%, we will release collateral at the request of the buyer at our discretion.

## **§ 7 Claims for defects of the buyer**

(1) The statutory provisions apply to the rights of the buyer in the event of material defects and defects in title (including incorrect and under delivery as well as improper assembly or defective assembly instructions), unless otherwise specified below. In all cases, the special statutory provisions remain unaffected in the case of final delivery of the unprocessed goods to a consumer, even if the latter has processed them further (supplier recourse acc. §§ 478 BGB). Claims from supplier recourse are excluded if the defective goods have been further processed by the buyer or another entrepreneur, e.g. by installation in another product.

(2) The basis of our liability for defects is above all the agreement made about the nature of the goods. All product descriptions that are the subject of the individual contract or have been made public by us (in particular in catalogs or on our Internet homepage) are considered to be the subject of the quality of the goods.

(3) Insofar as the quality has not been agreed, it is to be assessed according to the statutory regulation whether a defect exists or not. However, we assume no liability for public statements by the manufacturer or other third parties (e.g. advertising statements).

(4) The buyer's claims for defects presuppose that he has complied with his statutory inspection and complaint obligations (§§ 377, 381 HGB). If a defect appears during delivery, examination or at any later time, we must be notified of this in writing immediately. In any case, obvious defects are within 7 days. working days from delivery and defects not recognizable during the investigation within the same period from discovery. If the buyer fails to conduct the proper examination and/or notice of defects, our liability for the defect not or not reported in time or not properly in accordance with the statutory provisions is excluded.

(5) If the delivered item is defective, we can first choose whether we provide subsequent performance by remedying the defect (repair) or by delivering a defect-free item (replacement delivery). Our right to refuse subsequent performance under the legal conditions remains unaffected.

(6) We are entitled to make the subsequent performance due dependent on the buyer paying the purchase price due. However, the buyer is entitled to retain a proportionate part of the purchase price in relation to the defect.

(7) The buyer must give us the time and opportunity necessary for the subsequent performance owed, in particular to hand over the disputed goods for inspection purposes. In the case of replacement delivery, the buyer must return the defective item to us in accordance with the legal regulations. The subsequent performance does not include the removal of the defective thing or the reinstallation if we were not originally obliged to install it.

(8) The expenses required for the purpose of testing and subsequent performance, in particular transport, route, labor and material costs as well as, if applicable, removal and installation costs, shall be borne or reimbursed in accordance with the statutory provisions, if there is actually a defect. Otherwise, we can demand that the buyer reimburse the costs incurred from the unjustified request for rectification of defects (in particular test and transport costs), unless the missing defect was not recognizable to the buyer.

(9) In urgent cases, e.g. when endangering operational safety or to ward off disproportionate damage, the buyer has the right to remedy the defect himself and to demand reimbursement from us for the expenses objectively necessary for this purpose. We must be notified of such self-erehing immediately, if possible in advance. The right to self-performance does not exist if we are entitled to refuse a corresponding subsequent performance in accordance with the statutory provisions.

(10) If the subsequent performance has failed or a reasonable period to be set by the buyer for subsequent performance has expired unsuccessfully or is exensible according to the statutory provisions, the buyer may withdraw from the purchase contract or reduce the purchase price. However, there is no right of withdrawal in the event of an insignificant defect.

(11) Claims of the buyer for damages resp. Reimbursement of futile expenses also exist in the case of defects only in accordance with § 8 and are otherwise excluded.

## **§ 8 Other liability**

(1) Unless otherwise stated in these GTC, including the following provisions, we shall be liable in the event of a breach of contractual and non-contractual obligations in accordance with the statutory provisions.

(2) We are liable for damages - regardless of the legal reason - within the scope of liability for fault in the event of intent and gross negligence. In the event of simple negligence, we are liable, subject to a milder standard of liability in accordance with statutory provisions (e.g. for care in own affairs) only

a) for damages resulting from injury to life, limb or health,

b) for damages resulting from the not insignificant violation of an essential contractual obligation (obligation, the fulfillment of which makes the proper execution of the contract possible in the first place and on the observance of which the contractual partner regularly trusts and may trust); in this case, however, our liability is limited to the compensation of the foreseeable, typically occurring damage.

(3) The limitations of liability resulting from paragraph 2 also apply to breaches of duty by or in favor of persons whose fault we are responsible for in accordance with statutory provisions. They do not apply if we have fraudulently concealed a defect or assumed a guarantee for the quality of the goods and for claims of the buyer under the Product Liability Act.

(4) Due to a breach of duty that does not consist in a defect, the buyer can only withdraw or terminate if we are responsible for the breach of duty. A free right of termination of the buyer is excluded. Otherwise, the legal requirements and legal consequences apply.

## **§ 9 Limitation**

(1) By way of derogation from § 438 Abs. 1 No. 3 BGB, the general limitation period for claims for material defects and defects of law is one year from delivery. If an acceptance has been agreed, the limitation period begins with the acceptance.

(2) However, if the goods are a structure or a thing that has been used for a building in accordance with their usual use and has caused its defectiveness (building material), the limitation period in accordance with the statutory provisions is 5 years from delivery (§ 438 para. 1 No. 2 BGB). Other special statutory provisions on the limitation period (esp. § 438 para. 1 No. 1, paragraph 3, §§ 444, 445b BGB).

(3) The above limitation periods of the sales law also apply to contractual and non-contractual claims for damages of the buyer, which are based on a defect in the goods, unless the application of the regular statutory limitation period (§§ 195, 199 BGB) would lead to a shorter limitation period in individual cases. Claims for damages of the buyer acc. § 8 para. 2 sentence 1 and sentence 2(a) as well as according to the Product Liability Act, however, expire exclusively after the statutory limitation periods.

## **§ 10 Severability clause**

(1) The invalidity of one or more provisions of this contract shall not affect the validity of the rest of the contract.

(2) The parties are obliged to mutually replace the invalid provision with a provision that comes closest to the economic purpose of this contract. The same applies to any gaps in the contract that may arise.

## § 11 Data protection

- (1) This contract protects the confidential information resulting from the customer's ability to access confidential information from us. The use of the confidential information is only permitted within the scope and for the purpose of the services contractually agreed between the parties.
- (2) The customer undertakes to treat the confidential information received from us confidentially. This means in particular that the customer does not have to disclose this information to third parties himself or through employees or to use it for purposes other than those contractually agreed between the parties.
- (3) Any other use or disclosure of the information is only permitted if and to the extent that we have previously agreed in writing.
- (4) The customer undertakes to treat the confidential information received from us at least with the care that he applies in his own affairs.
- (5) The customer undertakes to comply with the legal and contractual provisions on data protection when processing the confidential information. This also includes technical security measures adapted to the current state of the art (Art. 32 GDPR) and the obligation of employees to maintain data secrecy (Art. 28 (3) (b) GDPR).
- (6) The customer uses the confidential information received exclusively for the performance of the contract. The rights to the information that the customer has received from us remain with us, unless otherwise contractually regulated.
- (7) This obligation to protect confidential information does not include information that is publicly known. The obligation of confidentiality does not exist vis-à-vis courts and authorities, insofar as there is a (also criminal law) legal obligation to pass on/release or the respective information is relevant in a civil lawsuit between the parties or one of the parties and a third party. We must be notified immediately of the release of confidential information.
- (8) The information provided or parts thereof may only be passed on to external consultants who are obliged to maintain confidentiality or to such representatives who are required for the execution of the relevant order and who have been informed of the confidentiality of the information provided and have been obliged to the same effect. The parties expressly declare that they are liable for any culpable violation by their representatives.
- (9) The customer may only use subcontractors with the written approval of us in the context of the performance of the commissioned activities. The obligations arising from this agreement shall also be imposed on the latter.
- (10) Within 14 days after written request from us, the customer will return all available confidential information and further documents produced on the basis of this information to us or provide him with comprehensible proof of the destruction of the information and documents. This does not apply if there is an obligation to retain by law or on the basis of official or judicial order.
- (11) We are entitled to monitor or have controlled compliance with this Agreement to the extent necessary. The customer grants, by arrangement, unhindered access and access to information processing systems, files and information related to the performance of the activities. The customer must provide us with all information required to fulfill the control function. Upon request, the customer must inform us which confidential information has been returned or destroyed and which has been

kept. The notification that certain documents or information has been kept is to be justified. In addition, the customer must appoint us at our request to his data protection officer.

(12) If a party becomes aware that confidential information has been disclosed contrary to this confidentiality agreement, the party must inform the other party immediately.

(13) Otherwise, the legal provisions of the GDPR and the BDSG apply.

## **§ 12 Choice of law and place of jurisdiction**

(1) The law of the Federal Republic of Germany shall apply to these GTC and the contractual relationship between us and the buyer, excluding international standard law, in particular the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods.

(2) If the buyer is a merchant within the meaning of Commercial Code, legal person under public law or a special fund under public law, is the exclusive - also international place of jurisdiction for all disputes arising directly or indirectly from the contractual relationship our place of business in 86551 Aichach, Bavaria, Germany. The same applies if the buyer entrepreneur i.S.v. § 14 BGB is. However, in all cases we are also entitled to bring an action at the place of performance of the delivery obligation in accordance with these GTC or a priority individual agreement or at the general place of jurisdiction of the buyer. Priority statutory provisions, in particular on exclusive responsibilities, remain unaffected.

(AGB B2B Webshop as of April 2024)